

## **Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Ost**

---

**Datum** 19. November 2018  
**Beginn** 19:00 Uhr  
**Ende** 21:45 Uhr  
**Ort** Turn- und Versammlungshalle Botnang,  
Schönbühlstr. 90, 70188 Stuttgart

---

**Vorsitz** Oberbürgermeister Kuhn  
**Protokollführung** Johanna Battenberg

### **I. Begrüßung durch die Bezirksvorsteherin Frau Strohmaier**

Frau Bezirksvorsteherin Strohmaier begrüßt Herrn Oberbürgermeister Kuhn, Herrn Bürgermeister Dr. Schairer, Frau Bürgermeisterin Fezer, Herrn Bürgermeister Thürnau, Herrn Bürgermeister Dr. Mayer sowie die Landtagsabgeordnete Frau Lösch und entschuldigt die Bundestagsabgeordnete Frau Maag, die aufgrund einer Sitzung in Berlin ist.

Sie begrüßt die anwesenden Gemeinderatsmitglieder Herrn Kotz (CDU), Herrn Körner (SPD), Herrn Dr. Kübler (CDU), Frau Yüksel (FDP), Frau Rühle (B 90/Die Grünen) und Herrn Osazek (SÖS/Linke/PluS).

Anschließend heißt sie die Mitglieder des Bezirksbeirats Ost sowie die Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen.

Sie freue sich, dass nach über sieben Jahren wieder eine Einwohnerversammlung stattfindet. Viele wichtige Themen stünden an und dies sei eine Möglichkeit, Fragen, Anregungen und Kritik mit Herrn Oberbürgermeister und seinen Beigeordneten zu kommunizieren.

Sie dankt Herrn Oberbürgermeister Kuhn und den Beigeordneten, dass sie sich Zeit für die Einwohnerversammlung genommen haben und damit zeigen, dass der Stadt Stuttgart gelebte Demokratie wichtig sei.

Bereits im Vorfeld seien viele spannende Fragen und interessante Anregungen eingegangen; sie dankt der Verwaltung für die entsprechenden Antworten. Da es jedoch noch viele weitere Fragen gebe, wolle sie ihre Rede kurz halten und die Sitzungsleitung an Herrn Oberbürgermeister Kuhn übergeben.

## **II. Rede von Herrn Oberbürgermeister Kuhn**

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Frau Bezirksvorsteherin Strohmaier, die Mitglieder des Bezirksbeirats, des Gemeinderats, des Landtags und die Bürgerinnen und Bürger bzw. Einwohnerinnen und Einwohner.

Er stellt die Tagesordnung vor, beginnend mit seiner Rede von 20-25 Minuten und der anschließenden Möglichkeit, Fragen zu stellen und Kritik zu üben. Er betont, dass es den Anwesenden aber auch freigestellt sei, Lob auszudrücken.

Er entschuldigt Herrn EBM Föll, der leider aufgrund einer Terminkollision nicht anwesend sein könne.

Herr Oberbürgermeister Kuhn betrachtet den Stadtteil Ost mit seinen 48 344 Einwohner/-innen als spannenden und vielfältigen Stadtteil; davon habe er sich durch persönliche Besuche und durch Aktenstudium überzeugt. Der Stadtteil aus ehemaligen Weindörfern, Arbeitersiedlungen und Villen mit besonders schönen Stäffele (Buchwaldstaffel, Georg-Elser-Staffel und Hornbergstaffel) halte auch für die Gesamtstadt Stuttgart viele Attraktionen bereit wie die Villa Berg, den SWR als großen Arbeitgeber, die Mineralbäder, die Merzakademie sowie verschiedene Schulen, stellvertretend das Wagenburg-Gymnasium als UNESCO-Gymnasium oder auch die Waldebene Ost als Sport- und Erholungsraum.

Das Durchschnittsalter in Stuttgart-Ost betrage 41,4 Jahre, im stadtweiten Durchschnitt seien es 41,9 Jahre.

Es gebe 4.104 Hochbetagte über 75 Jahre, was eine besondere Anforderung an die Entwicklung des Stadtbezirks im Bereich Mobilität stelle.

48,6% der Bewohner/-innen hätten einen Migrationshintergrund (stadtweit seien es 44,6). 62,9% der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren - gegenüber 60% in ganz Stuttgart - hätten einen Migrationshintergrund. Insgesamt lebten Menschen aus 135 Ländern in Stuttgart-Ost. In der Summe sei das Zusammenleben gut und stelle kein Problem dar.

56,8% der Einwohner/-innen lebten in Einpersonenhaushalten (51% in ganz Stuttgart); hier müssten beim Wohnungsbau die besonderen Bedarfe berücksichtigt werden.

Herr Oberbürgermeister Kuhn hebt die hohe Identifizierung und den guten Zusammenhalt im Stadtbezirk hervor. Dies zeige sich am aktiven Vereinsleben; hier möchte er beispielhaft den HGV Gablenberg mit seinen bunten Pferden nennen. Dies zeige sich aber auch an der aktiven und guten Bürgerbeteiligung hinsichtlich Bad Berg, Stöckach und Villa Berg.

Er sei stolz darauf, zusammen mit EBM Föll und dem Gemeinderat den Rückkauf der Villa Berg für die öffentliche Hand und damit auch für die öffentliche Nutzung erreicht zu haben – damit würde den Bürgerinnen und Bürgern Schönes und Historisches zurückgegeben. Der Grundsatzbeschluss müsse noch durch den Gemeinderat verabschiedet werden, dann könne 2020/2021 mit dem Bau „für Musik und mehr“ begonnen und mit einer Nutzung ab 2022/2023 gerechnet werden. Zwecks Konzernutzung sei der SWR bei der Suche nach einer Interimsspielstätte für die Oper erstaunlich zurückhaltend gewesen.

Mit der Sanierung des Bad Berg sei begonnen worden und zum Glück hätten die Quelleinfassungen gesichert werden können. Der Gemeinderat habe den Abriss der Villa Blankenhorn aus Kosten- und Rentabilitätsgründen beschlossen, auch um zusätzlich acht Wohnungen bauen zu können. Diese Entscheidung werde kontrovers diskutiert. Im Endeffekt sei jedoch die Sanierung des Bads wichtig für Ausruhen, Vergnügen und Heilung.

Bei der Umwidmung des früheren ENBW-Kohlekraftwerks würden Flächen frei; hier sei die Diskussion über die Nutzung noch offen, ob Wohnen, Gewerbe oder als Kulturstandort für Stuttgart-Ost.

Herr Oberbürgermeister Kuhn geht auf die Schwierigkeiten des Stadtbezirks ein und nennt an erster Stelle wie in anderen Stadtteilen auch den Verkehr. Es gebe zu viele stehende und fahrende Autos und ein Umstieg auf andere Verkehrsmittel sei dringend erforderlich.

In Stuttgart gebe es zu wenige und zu wenig gute Radwege: Im Vergleich zu anderen Städten mit 20 – 25% habe Stuttgart lediglich einen Anteil von 7% an Radfahrer/-innen am Verkehr. Die Ausrede, dass wegen der Hügel das Radfahren beschwerlich sei, gelte im Zeitalter der Pedelecs nicht mehr.

Der Stuttgarter Osten sei gut mit Bahnen und Bussen versorgt, aber für die Busse seien eigene Busspuren an den Staus vorbei erforderlich. Dies führe beispielsweise in der Wagenburgstraße zu Streit, da die Einrichtung einer Busspur mit dem Verlust von Parkplätzen verbunden sei.

Er führt aus, dass die Stadt zur bevorstehenden Vorstellung des Luftreinhalteplans durch das Land eingewandt habe, dass vor der Einführung einer weiteren Busspur in der Wagenburgstraße in Stuttgart-Ost das Parkraummanagement eingeführt werden müsse. Dies sei umgesetzt worden. Er sei zuversichtlich, dass das Land dies berücksichtige, in welcher Form, werde man in den nächsten Tagen sehen.

Um den Verkehr zu reduzieren, gebe es Angebote wie Carsharing oder Car to go. Besser wäre es, das eigene Auto weniger zu nutzen. Ferner befürworte der Gemeinderat stets den weiteren Ausbau von Stadtbahnlinien im gesamten Stadtgebiet.

Die Sauberkeit in den Stadtteilen sei für Herrn Oberbürgermeister Kuhn ein weiteres wichtiges Thema. Dadurch, dass im letzten Doppelhaushalt 10 Mio. € für die Reinigung bewilligt worden seien, könnten nun 1/3 mehr Reinigungseinsätze auf Straßen und Grünflächen in Stuttgart-Ost durchgeführt werden.

Dennoch sei es dringend erforderlich, das Littering (Abfall) zu reduzieren. Müllvermeidung müsse durch Bürgerinnen und Bürger und durch Prävention z. B. in den Schulen erfolgen.

Ein Grund zur Sorge sei das Thema Einkaufen im Stadtbezirk; noch habe der Stadtbezirk Ost eine gute Infrastruktur, aber die Wirtschaftsförderung bemühe sich, statt

Casinos z. B. CAP-Märkte zu ermöglichen. Am Schwanenplatz habe es leider nicht funktioniert, einen Lebensmittelmarkt einzuführen, stattdessen werde dort ein Bistro betrieben. Am Heidesacker 2 werde die SWSG einen Tante-Emma-Laden installieren.

Herr Oberbürgermeister Kuhn appelliert an die Bürgerschaft, im Stadtteil einzukaufen, damit dem Ladensterben entgegengewirkt werde. Dies sei auch ein Zeichen von Bürgerengagement.

Ein weiteres Problemfeld seien fehlende Kitas bzw. fehlende Erzieher/-innen: In Stuttgart-Ost seien 44% der 0-3Jährigen versorgt. Ziel sei ein Versorgungsgrad von 57%, obwohl das im Grund auch zu wenig sei. Zwei Kitas seien in Gablenberg und an der Buchwaldstaffel geplant.

Anschließend hebt er die temporären Spielstraßen im Sommer als sehr positiv hervor und hofft, dass der Gemeinderat diese als Dauereinrichtung befürworte.

Als letztes Thema führt Herr Oberbürgermeister Kuhn den Themenbereich Wohnen an. Insbesondere sei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen relevant – z. B. durch die Schaffung von 8 Wohnungen im Bereich Bad Berg.

Spannend werde die Entwicklung der Flächen der ENBW am Stöckach oder am Kohlelager sein – die Stadt werde genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau weiter und stärker fördern. Als Beispiel führt er an, dass die SWSG anders als beispielsweise Vonovia saniere.

Herr Oberbürgermeister Kuhn resümiert, dass Stuttgart Ost ein starker Stadtteil von Stuttgart sei, dass die Bereiche Verkehr, Wohnen und Einkaufen optimierbar seien. Probleme seien jedoch da, um gelöst zu werden - wofür es einen Gemeinderat und Bezirksbeirat gebe.

Er dankt für die Aufmerksamkeit und fordert die Zuhörer/-innen auf, Fragen zu stellen.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<b>Thema Verkehr</b>			
	<p><u>Überweg Haltestelle Stöckach sicherer gestalten, Mitglieder des Jugendrats Ost und des Zeppelngymnasiums</u></p> <p>Die jungen Frauen haben einen Fragebogen zur persönlichen Sicherheit am Stöckach am Zeppelngymnasium verteilt und ausgewertet – viele Schüler/-innen fühlten sich gefährdet. Da bei Schulbeginn und Schulschluss sehr viele Menschen die Straße überquerten, sei mehr Platz auf den Bahnsteigen sowie ein Signalton, der vor den Bahnen warnt, erforderlich. Der Jugendrat werde Anträge zu diesem Thema vorbereiten.</p>	<p>Herr Bürgermeister Dr. Schairer erklärt, dass die SSB hierfür zuständig sei und der Übergang am Stöckach von der SSB nicht als gefährdend eingeschätzt werde. Er nimmt das Thema mit, wird sich nach der Höhe der Schülerzahl erkundigen und dann antworten. Er dankt für den Hinweis. Herr Oberbürgermeister Kuhn fragt nach den Namen der Schülerinnen, um ihnen die Antwort zustellen zu können.</p>		SOS / SSB
2	<b>Thema Verkehr</b>			
	<p><u>Haltestelle Ostendplatz</u></p> <p>Der Einwohner bemängelt die unsichere Verkehrslage bei „Amphibion“; hier müsse ein zusätzliches Warnblinklicht angebracht werden. An der Haltestelle Ostendplatz vermisste er die Pflanzung von Bäumen.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold weist darauf hin, dass die Pflanzung von Bäumen am Ostendplatz und in der Landhausstraße auch in Verbindung mit dem Thema Stellplätze gesehen werden müsse. Eine entsprechende Planung sei in Arbeit.</p>	X	

3	Thema Verkehr			
	<p><u>Gablenberger Hauptstraße / Schmalzmarkt</u>  <u>Projektgruppe Gablenberger Hauptstraße</u>  Ein Einwohner stellt die Chronologie des Umbaus der Gablenberger Hauptstr. vor:  Gemeinderatsbeschluss 2014 für die Dauer von 15 Jahren.  2015 – 2017 Entwürfe der Projektgruppe werden dem Stadtplanungsamt übergeben, ein Entwurf für den Teilbereich Schmalzmarkt wird prämiert.  Januar 2018: In der vom Bezirksbeirat einberufenen Bürgerversammlung wird der Entwurf vorgestellt und abgelehnt.  <i>(Anmerkung der Verwaltung: Im November 2017 erfolgte der Aushang der Entwürfe im Petrusgemeindesaal; dazu wurden alle Wettbewerbsergebnisse ausgestellt. Zudem fand eine Veranstaltung zum Siegerentwurf statt. Am 12. März 2018 fand ein Workshop als öffentliche Veranstaltung statt.)</i>  Mai 2018: Die Projektgruppe wendet sich an den UTA.  Der Einwohner möchte wissen, ob der für 10 Jahre geplante Umbau nun stattfindet oder nicht.   Er regt an, Schulhöfe als Parkplätze zuzulassen.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold weist darauf hin, dass der Siegerentwurf für den Schmalzmarkt nochmals überarbeitet werde. Für die Gablenberger Hauptstraße gebe es lediglich einen Ideenteil, noch keine feste Planung.</p> <p>Herr Bürgermeister Pätzold erklärt, dass eine Machbarkeitsstudie für Schulhöfe in Arbeit sei. Er sei hier ebenso wie bei Fragen, die den Handel betreffen, im Austausch mit Frau Bezirksvorsteherin Strohmaier.</p>	<p>X</p> <p>X</p>	

<b>4</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Gablenberger Hauptstraße / Pfortnerampel</u> Ein Einwohner wünscht eine Verkehrsentslastung für den Stadtteil, durch eine Pfortnerampel werde mehr Verkehr auf die B 14 geleitet.	Herr Oberbürgermeister Kuhn gibt zu bedenken, dass bei einer Pfortnerampel mit Auswirkungen auf die umliegenden Straßen zu rechnen sei.	X	
<b>5</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Zufahrt zu Straße im Buchwald,</u> Ein Einwohner beanstandet, dass z. B. bei Feuerwehreinsätzen der Bereich Buchwald blockiert werde und die Bürger den Stadtteil nicht mehr verlassen könnten.	Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt Herrn Krämer zu, dass sich Herr Bürgermeister Pätzold um die Angelegenheit kümmern werde.		StU
<b>6</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Überdachte Fahrradabstellplätze</u> Eine Einwohnerin moniert, dass es in den kleinen alten Häusern der Eduard-Pfeiffer-Siedlung keinen Platz für Fahrradabstellplätze gebe. In Städten wie Dortmund und Hamburg würde es für den Bau Zuschüsse geben, dieser sei heute insbesondere für Pedelecs wichtig. Sie fordert den Ausbau von Fahrradparkplätzen im öffentlichen Verkehrsraum.	Herr Bürgermeister Pätzold antwortet der Einwohnerin, dass das Thema gerade bearbeitet werde; die Problematik sei wie auch im Westen oder Süden, dass Stellplätze wegfallen würden. Pilotprojekte sollten eine andere Verteilung des öffentlichen Raums ausloten. Herr Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, dass die Stärkung des Fahrradverkehrs und das Pflanzen von Bäumen mit einer Reduzierung von Parkplätzen einhergehen; dies sei umstritten und führe zu der Frage, wem der öffentliche Raum gehöre. Die Einwohnerin solle sich mit ihrem Anliegen an Herrn Bürgermeister Pätzold wenden.		StU

<b>7</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Wagenburgstraße / Fahrradunnel</u> Ein Einwohner möchte wissen, ob ein Fahrradunnel in der Wagenburgstraße möglich sei.	Herr Bürgermeister Pätzold antwortet, dass momentan eine Ausschreibung für den Ostheimer Tunnel erfolge. Herr Oberbürgermeister Kuhn ergänzt später, dass die CDU den Ostheim-Tunnel beantragt habe.	X	
<b>8</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Zusätzliche Kreisverkehre</u> Ein Einwohner regt an, wie in Großbritannien mehr Kreisverkehre zu bauen, dies sei ökologischer, da der Verkehrsfluss verstetigt werde.	Herr Bürgermeister Pätzold zeigt sich dem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen, gibt jedoch zu bedenken, dass Kreisverkehre Platz benötigten, sie könnten nicht überall gebaut werden.	X	
<b>9</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Kontrolle Einhaltung Tempo 40</u> Ein Einwohner lobt die Einführung von Tempo 40 in der Stadt, dies müsse aber besser kontrolliert werden, wie er anhand von Kontrollmessungen festgestellt habe. Er erbittet zusätzliche Hinweise auf Digitalschildern.  <u>Thema Verkehr</u> <u>Einhaltung Tempo 40 Gablenberger Hauptstraße</u> Ein Einwohner hat den Eindruck, dass das Tempo 40 in der Gablenberger Hauptstr. nicht eingehalten werde, der Verkehr mehr, schneller und aggressiver geworden sei und damit die Verkehrssicherheit im	Herr Bürgermeister Thürnau sagt zu, das Anliegen „Beschilderung Tempo 40“ weiterzugeben. Herr Bürgermeister Dr. Schairer ergänzt, dass den Verkehrsteilnehmern die Geschwindigkeitsbegrenzung eigentlich bekannt sei; er bittet um Einhaltung der Verkehrsregeln.  Herr Bürgermeister Dr. Schairer bestätigt, dass der Verkehr auf der Gablenberger Hauptstraße sehr aggressiv sei und dort vor den Kitas Tempo 40 gelte, ansonsten sei		T

	<p>Bereich von Kindergärten gefährdet sei. Er fragt, ob es nicht temporär möglich sei, im Bereich der Kindergärten eine Tempo 30-Zone (wie in der Theodor-Heuss-Straße) einzuführen oder ob es andere Optionen gebe.</p>	<p>vor den Kitas Tempo 30. 2019 sei ein Projekt im Rahmen der Sozialen Stadt ausgeschrieben, ebenso sei Bürgerbeteiligung für Verkehrsberuhigung vorgesehen. Die Verwaltung erkenne an, dass es so nicht weitergehen könne und bleibe am Thema Umgestaltung der Gablenberger Hauptstraße dran.</p>	X	
<b>10</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<p><u>Pflasterbeläge in der Stadt</u> Die Platten im Hospitalviertel würden mit zu vielen Teerpflastern geflickt; Hamburg sei ein positives Gegenbeispiel, wie es anders gemacht werden könnte.</p> <p><u>Straßenbelag Königstraße</u> Ein Einwohner fragt an, wer die Verantwortung für die schlechte Sanierung des Straßenbelags in der Königstraße trägt. Zudem seien manche Platten kaputt.</p>	<p>Herr Bürgermeister Thürnau erklärt, dass im letzten Haushalt Mittel für Beläge eingestellt worden seien; in der City gebe es unterschiedliche Beläge, die teilweise alt seien und den aktuellen Anforderungen der Belastung durch mehr LKWs nicht mehr genügen würden. Aus Sicherheitsgründen müsse jedoch „Flickschusterei“ erfolgen.</p> <p>Bürgermeister Thürnau antwortet, dass der helle Belag vom Gemeinderat beschlossen worden sei und durch Nutzung nicht ansehnlicher werde. Im Doppelhaushalt 2018/19 sei der Einsatz von zwei Maschinen beschlossen worden, die den Belag säubern würden. Die Bänder aus rosa Muschelkalk seien problematisch, da pflegeintensiv. Er wiederholt, dass die Beläge heute stärkeren Belastungen durch die Fahrzeuge ausgesetzt seien als früher.</p>	X	X

<b>11</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Thema Verkehr</u> <u>Zweckentfremdung von Garagen</u> Ein Einwohner möchte von Herrn Bürgermeister Pätzold wissen, was in Bezug auf den ruhenden Verkehr gegen die Garagenfehlbelegung getan werde.	Herr Bürgermeister Pätzold antwortet ihm, dass es keine rechtliche Handhabe gegen Garagenfehlbelegung gebe.	X	
<b>12</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Thema Verkehr</u> <u>Überbauung B 14</u> Ein Einwohner fordert, die B14 zu überbauen, da dies die am stärksten belastete Straße in Stuttgart sei; eine Überdeckung sei von der Schwabengarage bis zum Schwanenplatz möglich.	Herr Bürgermeister Pätzold erwidert, dass es zum Schwanenplatz mittelfristig angelegte Planungen gebe. Herr Oberbürgermeister Kuhn geht davon aus, dass die Feinstaubgrenzwerte am Neckartor durch die getroffenen Maßnahmen unterschritten werden – allerdings nicht bei den Stickoxiden. Es sei wichtig, zuerst die günstigeren Maßnahmen zu ergreifen, also die Verkehrsmenge zu reduzieren und mit innovativeren, umweltschonenden Autos zu fahren.	X	
<b>13</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Diesel-LKW-Entladung aus Osteuropa - Feinstaubbelastung</u> Ein Einwohner moniert, dass täglich – auch an Sonn- und Feiertagen - das Abladen von Diesel-Transportern aus Osteuropa erfolge, dies sei zusätzlich zum Leben an der Hauptverkehrsstraße unzumutbar.	Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt zu, sich über die Anlieferung der Diesellaster zu informieren.		OB

14	Thema Verkehr			
	<p><u>Bezahlbarer ÖPNV, Stadtticket nach Vorbild von Ludwigsburg</u> Eine Einwohnerin moniert, dass der ÖPNV in Stuttgart für Familien mit Kindern nicht bezahlbar sei; dieser sei in Ludwigsburg günstiger.</p> <p><u>Thema Verkehr</u> <u>Bezahlbarer ÖPNV</u> Ein Einwohner bestätigt, dass die Preise für den ÖPNV zu hoch seien und fordert ein Jahresticket für Familien.</p> <p><u>Thema Verkehr</u> <u>Anschluss von Gablenberg an ÖPNV, überfüllte Buslinie 42</u> Die Einwohnerin schlägt den Bau einer U-Bahn vor; Cannstatt habe z. B. sowohl S- als auch U-Bahnen und den X 1-Bus. Da der Bus 42 häufig überfüllt sei, solle doch die Expressbuslinie X 1 stattdessen durch Gablenberg geführt werden.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn erwidert, dass ab April 2019 eine systematische Preisentlastung für die Kunden einsetze; diese Tarifreform koste pro Jahr 42,5 Mio. €. Ferner gebe es günstige Modelle wie das Scool-Abo.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn verweist auf die obige Antwort.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn erwidert, dass eine Stadtbahnanbindung an Gablenberg zwar toll, aber auch teuer sei. Er bestätigt, dass die Buslinie 42 problematisch sei, hier müssten zusätzliche Busspuren eingeführt werden. Er verteidigt die X 1-Linie ab Cannstatt, die durch eine verbesserte Ampelschaltung am Wilhelmsplatz schneller geworden sei.</p>	<p>X</p> <p>X</p>	

15	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Busspuren / Nutzung bei Renovierung und Umzug</u> Ein Einwohner möchte wissen, wie nach der Errichtung von Busspuren in der Wagenburgstraße zu verfahren sei, wenn Transporter bei Umzug oder Renovierung abzustellen seien.	Herr Oberbürgermeister Kuhn antwortet Herrn Vollmer, dass er hierzu eine Sondergenehmigung bei der Stadt beantragen möge.		SOS, 32
16	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Rotenbergstraße / Finanzierung der Parkscheinautomaten</u> Der Einwohner möchte wissen, wie die Parkscheinautomaten finanziert werden.  <u>Rotenbergstraße / Metallbügel zum Schutz der Bäume</u> Der Einwohner ist der Meinung, dass es zu viele Metallbügel gebe.  <u>Rotenbergstraße / Steine an der Anlage verhindern Parkmöglichkeiten</u> Der Einwohner möchte wissen, welche Parkmöglichkeiten es gebe, wenn in der Anlage Steine gesetzt würden, die das Parken verhindern sollen.  <u>Bessarabienplatz / Belag</u> Der Einwohner erkundigt sich, weshalb am Bessarabienplatz kein schalldämmender Belag verwendet worden sei.	Hierzu wurde keine Antwort gegeben.  Herr Oberbürgermeister Kuhn äußert, dass es zum Schutz der Bäume nicht zu viel Metallbügel geben könne; er sei mit Herrn Bürgermeister Thürnau im Gespräch, ob es stattdessen andere Lösungen wie Hecken gebe.  Keine Antwort zu dieser Anfrage.  Keine Antwort zu dieser Anfrage.		

17	<b>Thema Verkehr</b>			
	<p><u>Parkraummanagement</u> Der Einwohner bezweifelt, dass Gartenpflege oder Haussanierungen möglich seien, wenn das Parkraummanagement eingeführt werde. Ob es Ausnahmegenehmigungen gebe?</p> <p><u>Thema Verkehr</u> <u>Dieselfahrverbote / Innenstadt für Autos sperren</u> Der Einwohner regt an, statt Dieselfahrverboten die gesamte City für den Verkehr zu sperren.</p>	<p>Herr Bürgermeister Dr. Schairer antwortet dem Einwohner, dass er sich bei Baubeginn an ihn wenden möge – er werde eine Möglichkeit finden.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn antwortet, dass eine autofreie Innenstadt vorgesehen sei. Es solle lediglich die Möglichkeit bestehen, Parkhäuser anzufahren.</p>	X	SOS
18	<b>Thema Verkehr</b>			
	<p><u>Sanierung Stromberg-/Kniebisstraße</u> Die Einwohnerin beanstandet, dass der Umbau Ecke Stromberg-/Kniebisstraße umweltschädlich und teuer sei. Es würde Asphalt statt Blumen (der Humus würde abgetragen) gesetzt, die Steine seien teuer und sie möchte wissen, ob die Staubentwicklung der Baumaßnahmen auch unter Feinstaubbelastung einzuordnen sei.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold antwortet, dass laut Bezirksvorsteherin die Änderung der Grünanlage eine STEP-Maßnahme sei. Die Stadt sei daran interessiert, Spielflächen zu vergrößern und nicht zu versiegeln. Herr Bürgermeister Thürnau fügt hinzu, dass die Änderungen in der Kniebisstraße Ende 2016 Bestandteil einer Bürgerbeteiligung waren und dass die Vorschläge dem Planungsbüro zugeleitet worden seien. Dieses habe sie eingearbeitet und der Bezirksbeirat habe einstimmig zugestimmt.</p>	X	
19	<b>Thema Verkehr</b>			
	<p><u>Schleichverkehr in Berg abstellen</u> Eine Einwohnerin moniert, dass in Stuttgart-Berg nur Anlieger und Besucher der Mineralbäder von der Schnellstraße abbiegen dürften; sie bittet um</p>	<p>Herr Bürgermeister Dr. Schairer versichert, dass die Anweisung bestehe, gegen Verstöße vorzugehen.</p>	X	

	Prüfung, wie der starke Schleichverkehr kontrolliert und abgestellt werden könne. Der Bezirksbeirat habe verschiedene Vorschläge gemacht, die jedoch zu keinem Rückgang des Schleichverkehrs geführt hätten.	Herr Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass in jeder Einwohnerversammlung mehr Kontrollen gefordert würden, dass diese dann aber in der Öffentlichkeit, mit Gelben Karten oder durch die BILD-Zeitung kritisiert würden.		
<b>20</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Einstellung Buslinie 64 zur Waldebene Ost</u> Zwei Herren bemängeln die fehlende Abstimmung der Linien 64 und 45 im Probetrieb; der Busverkehr zum Sportbetrieb auf der Waldebene Ost sei nicht günstig gelegt, denn im Winter und in den Sommerferien bestehe kein Bedarf für die Kinder. Allgemein sei eine Auslastung erst am Nachmittag für den Sportbetrieb gegeben. Die Stadt Stuttgart als kinderfreundliche Stadt möge für den Bus 64 mit vernünftiger Anbindung an den ÖPNV eintreten. Der Buchwald müsse gut erreichbar sein. Momentan sei dies für Kinder vor allem im Winterhalbjahr aufgrund der Dunkelheit nicht gegeben.	Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt zu, dass er als SSB-Aufsichtsratsvorsitzender das Thema dort einschließlich der Anbindung an die anderen Buslinien nochmals anschneiden werde.		OB / SSB
<b>21</b>	<b>Thema Verkehr</b>			
	<u>Thema Kommunikation</u> <u>LHS Schriftverkehr mit Bürgern</u> Ein Bürger trägt vor, dass sich die Stadt mit dem Zwang zu Bezirksschornsteinfegermeistern nicht an Bundesgesetze halte. Er habe seit Jahren deshalb Auseinandersetzungen mit dem Amt für Umweltschutz und der Polizei. Er möchte wissen, weshalb ihm die Stadt auf seine 70 E-Mails nicht geantwortet habe.	Herr Bürgermeister Pätzold antwortet, dass dieser am 6. November eine Antwort von Oberbürgermeister Kuhn erhalten habe – der Schornsteinfeger habe ein Recht auf Zutritt zur Wohnung.	X	

22	<b>Thema Stadtplanung</b>			
	<u>Neckaruferbebauung</u> Ein Einwohner meint, dass die Rheinuferbebauungen in Köln und Düsseldorf positive Beispiele für Stuttgart sein könnten.			
23	<b>Thema Bauen</b>			
	<u>Villa Berg</u>  Wenn mit der Sanierung der Villa Berg erst 2021 begonnen werde, so könne bis dahin z. B. das Dach marode sein.  Ein Einwohner kritisiert, dass die Renovierung der historischen Villa Berg zu teuer sei, allein aus Energieeffizienzgründen. Er möchte erfahren, weshalb nicht ein neues, günstigeres Gebäude mit sinnvoller Einrichtung erstellt werde.  <u>Bebauung Parkanlage Villa Berg</u> Vertraglich sei festgelegt, dass außer der Villa nichts mehr im Park sein dürfe.	Herr Oberbürgermeister Kuhn erläutert, dass es eine Absprache mit dem Verkäufer der ehemaligen Fernsehstudios gebe, dass die Stadt die Fläche nicht für Wohnungsbau nutze. Stattdessen hätte der Verkäufer den ehemaligen Betriebshof an der Sickstraße zum Wohnungsbau erhalten. Momentan gebe es drei Alternativen für den Opernstandort – S 21, Lindenmuseum und eben die Villa Berg.	X	

	<p>Der Einwohner möchte wissen, weshalb die Fernsehstudios abgerissen werden.</p> <p>Eine Einwohnerin wendet sich gegen die Umgestaltung der ehemaligen Fernsehstudios in ein Konzerthaus und erinnert an die Zusage gegenüber der erfolgreichen Bürgerbeteiligung, dass der Park rekultiviert werde; dies sei für Stuttgart-Ost sehr wichtig. Sie schlägt vor, stattdessen eine Philharmonie an den Fluss - ehemaliges Kohlelager - zu bauen oder zumindest mit Blick auf den Neckar, evtl. als gemischtes Gebiet für Kultur, Wohnen und Gewerbe.</p> <p><u>Erhalt des Charakters des Bad Berg</u>  Ein Einwohner beklagt, bei der Sanierung des Mineralbades Berg würden Kleinodien zerstört: Ein Zierkirschenbaum sei gefällt worden, Bilder seien übermalt oder durchbrochen worden.  Der Abriss der Villa Blankenhorn widerspreche dem Geist der Besucher des Bades.  Zudem befürchte er, dass sich die Anwohner des Bades wie beim Neubau des Berger Festplatzes über den entstehenden Lärm des Bad Berg beschweren könnten.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold sagt zu, die Frage, ob das Sanierungsgebiet erweitert werden könne, mitzunehmen.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt zu, die Anregung, die Villa Berg abzureissen und das Parkgelände zu erweitern, mitzunehmen.</p> <p>Herr Bürgermeister Thürnau betont, dass die Villa Berg in den Aufgabenbereich von 23 und 65 falle.  Er sagt zu, sich am nächsten Tag bei den Bäderbetrieben zu erkundigen, was mit den Bildern geschehen sei.  Der Generalbeschluss zum Mineralbad Berg sei 2016 erfolgt – mit Ausnahme der Sommergastronomie werde Alles erneuert. Aufgrund brand-, arbeitsschutz- und lebensmittelrechtlicher Vorschriften sei eine Gastronomie nicht mehr wie bisher möglich. Stattdessen sei eine ganzjährige Gastronomie im Hauptgebäude sowie eine Sommergastronomie geplant. Dabei könnten Synergieeffekte beider Betriebe genutzt</p>		<p>StU</p> <p>StU</p> <p>T</p>
--	--	---	--	--------------------------------

	<p>Der Einwohner erfragt, welchen Sinn der Rosengarten im Park der Villa Berg habe.</p> <p>Eine Einwohnerin nimmt den Vorgang Bad Berg nochmals auf und gesteht Herrn Bürgermeister Thürnau zu, dass er es sich mit dem Verfahren nicht leicht gemacht habe und emotional involviert gewesen sei. Das Verfahren sei insofern intransparent als die Verkaufserlöse aus den Gebäuden bereits im Finanzierungsplan gewesen seien als noch gar nicht von Abriss die Rede gewesen sei. Der Bezirksbeirat hatte davon ebensowenig Kenntnis gehabt.</p> <p>Die Abholzung der alten Kastanienbäume habe sehr weh getan. Dies habe zwar im Amtsblatt gestanden, aber so versteckt, dass es niemand gelesen habe. Der Vorschlag zur Beibehaltung der Blankenhorn-Villa bedeute nicht, dass es keine Sommergastronomie mehr gebe, diese müsse an anderer Stelle und mit „lighten“ Anforderungen geschaffen werden, um im Kostenrahmen zu bleiben. Die Verkleinerung von Flächen, um Wohnungen</p>	<p>werden. Im Doppelhaushalt 2018/19 sei dafür 1 Mio. € eingestellt worden. Die auf Anregung von Dr. Heidlauf im Januar begonnene Planung wurde im Oktober abgelehnt und stattdessen ein Neubau beschlossen.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt klar, dass die Villa Berg eine historische Anlage und der Rosengarten ein Bestandteil dieser Anlage sei.</p> <p>Herr Bürgermeister Thürnau nimmt Stellung und sagt, dass das Thema „Bad Berg“ am 10. Oktober im Bezirksbeirat und am 26. Oktober im Bäderausschuss behandelt worden sei. Dieser sei der Vorlage der Verwaltung gefolgt. Die Kosten der Sanierung seien mittlerweile von 29 auf 34 Mio. € gestiegen. Referat T hätte gern fachlich begründet 1,3 Mio. € wie gewünscht mehr ausgegeben, aber der Gemeinderat habe abgewogen und dies abgelehnt.</p>	<p>X</p> <p>X</p>	
--	--	--	-------------------	--

	<p>bauen zu können (auf der Fläche des Bad Berg könnten baurechtlich 14 statt 8 Wohnungen gebaut werden), führe dazu, dass es bald keine Parks mehr gebe.</p> <p>Das entsprechende Bürgerbeteiligungsverfahren unter dem damaligen Bezirksvorsteher Körner sei sensationell abgelaufen und hätte ein gutes Ergebnis gebracht; für Änderungen hätte von Seiten der Verwaltung erneut ein runder Tisch einberufen werden können statt die Grundlagen für das Verfahren zu ändern. Dies sei nicht korrekt.</p>			
<b>24</b>	<b>Thema Wohnen</b>			
	<p><u>Thema Wohnen</u> <u>Wohnungssituation Gänsheide</u> Eine Einwohnerin bedauert, dass das Projekt Gänsheide-/Stafflenbergstraße keine Förderung für sozialen Wohnungsbau erhalte und dies durch ein Förderprogramm an der Bergstraße ausgeglichen werden solle.</p> <p><u>Thema Wohnen</u> <u>Verkauf Weißenhofsiedlung an SWSG</u> Eine Einwohnerin moniert, dass die Weißenhofsiedlung von der Stadt an die SWSG verkauft worden sei. Die SWSG sei dafür bekannt, nach dem Umbau denkmalgeschützer Häuser die Sozialpreisbindung aufzuheben. Sie sei bestrebt, die Mieten auf Marktniveau zu erhöhen und plädiert dafür, dass die beim Kauf erzielte Summe von 17 Mio. € von Mieteinnahmen durch die SWSG sozial verwendet werden sollten. Statt preisgünstige</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn sagt, dass bei Neubauten 20% in sozial geförderten Wohnungsbau investiert werden müsse, die Quote werde dieses Jahr noch auf 30% erhöht, beim Neckarpark seien es sogar 50%.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn erklärt, dass die Weißenhofsiedlung dem Bund gehöre, der sie auch an einen privaten Investor hätte verkaufen können; die Stadt / SWSG habe die Weißenhofsiedlung als wichtiges kulturhistorisches Denkmal erworben. Der Kauf durch die SWSG sei positiv zu bewerten.</p>	<p>X</p> <p>X</p>	

	Wohnungen in Stuttgart-Ost zu bauen, würden Gelder für Haushaltsdefizite oder Projekte außerhalb des Haushalts zweckentfremdet; dies sei nicht akzeptabel.			
<b>25</b>	<b>Thema Wohnen</b>			
	<p><u>Bezahlbarer Wohnraum</u>  Der Einwohner berichtet über die Modernisierung der 600 Wohnungen durch die SWSG am Raitelsberg (Heidlesäckerstraße und in der Abelsbergstr.11 – 21). Er möchte wissen, wie eine Mietpreisbremse, also weiter bezahlbarer Wohnraum nach der Modernisierung erreicht werden könne. Seines Wissens nach wohnen dort mit EG 1 eingruppierte Reinigungskräfte des Klinikums, für die mit 1.200 € netto Monatsverdienst die Mieten eigentlich überhaupt nicht steigen dürften, auch wenn Modernisierungen noch so sehr wünschenswert seien.</p> <p>Weiter äußert er sich zum städtischen Vorkaufsrecht des EnBW-Areals am Stöckach als städtebaulichem Vorranggebiet, wobei durch die Umwidmung in Wohnungen, also Aufwertungsgewinnen die Mieten teurer würden. Zum Anderen habe er gehört, dass bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen diese Gewinne nicht mitbezahlt werden müssten und eher bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden könne. Er möchte wissen, weshalb die Stadt nicht dieses Modell gewählt habe.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn legt dar, dass das EnBW-Gelände am Stöckach zu 50% dem Land und zu 50% oberschwäbischen Anteilseignern, auch der öffentlichen Hand gehört.  Die Stadt könne das Areal eventuell kaufen, der Preis müsse verhandelt werden. Falls das Gebiet gekauft werde, würde es durch die SWSG, Bauherrenmodelle, Genossenschaften (oder in Kombination) bebaut. Die Sozialverbindlichkeit des Bauens könne dann über die Stadt oder die SWSG garantiert werden.</p> <p>Sollte sich die EnBW entscheiden, selbst zu bauen, werde die Stadt den Rahmen setzen und mindestens 30% oder mehr sozialen Wohnungsbau fordern sowie städtebauliche Vorstellungen festlegen.  Zusammenfassend könne gesagt werden, dass bezahlbarer Wohnraum in einer Bauweise geschaffen werden solle, der als Referenzprojekt für die IBA interessant sei.  Herr Bürgermeister Pätzold stellt klar, dass die SWSG-Wohnungen in Stuttgart-Ost un-</p>	X	

		bedingt saniert werden müssten. Er sichert zu, dass auch der Aufsichtsrat der SWSG danach schaue, dass die Mieten nicht zu hoch seien.		
<b>26</b>	<b>Thema Angebote für Generationen</b>			
	<p><u>Jugendhaus am Ostendplatz</u> Ein Einwohner möchte wissen, wo das Geld für ein „gescheites“ modernes Jugendhaus am Ostendplatz sei.</p> <p><u>Thema Angebote für Generationen</u> <u>Kommunales Tanzcafé</u> Der Herr schlägt vor, dass die Stadt ein Tanzcafé betreibe, in das man anstatt einer Disco gehen könne</p> <p>Eine Einwohnerin merkt an, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Einrichtung eines Tanzcafés gemeinwohlorientiert sei.</p>	<p>Diese Frage blieb unbeantwortet. Frau Bürgermeisterin Fezer gibt bekannt, dass das Kinder- und Jugendhaus Ost Anfang 2019 in neue Räume umziehe.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn äußert, dass der Betrieb eines Tanzcafés keine kommunale Aufgabe sei, er aber die Anregung mitnehmen werde.</p>	X	
<b>27</b>	<b>Thema Bildung</b>			
	<p><u>Schulentwicklung</u> Eine Einwohnerin stellt die Entwicklung der Schullandschaft in Ost dar – neben den Gymnasien gebe es zwei Realschulen und zwei Werkrealschulen, deren Direktoren zeitnah in den Ruhestand gingen und daher nicht mehr große Veränderungen wie Schulverbünde angingen. Sie fordert den Gemeinderat und die Bürgermeister auf, eine Schullandschaft zu schaffen, die die Möglichkeit bietet, durchzuatmen um beispielsweise Probleme wie zu wenig Lehrer, eine heterogene Schülerschaft aber auch einfache Probleme wie nicht</p>	<p>Frau Bürgermeisterin Fezer sagt, dass der Wechsel der Schulleitungen im Stuttgarter Osten bekannt sei. Es sei wichtig, die Sekundarstufe in Stuttgart-Ost zu erhalten. Zusammen mit dem Land (Staatlichem Schulamt) werde man im Januar 2019 dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge zur Schulentwicklung unterbreiten.</p>	X	

	<p>funktionierende Klingeln zu lösen. Nach ihrem Wissensstand gebe es einen Gemeinderatsbeschluss, nach dem man sich für die Entwicklung der Ganztageschulen im Grundschulbereich bis 2021 bzw. 2023 bewerben müsse und die Schülerhäuser bis zu diesem Zeitpunkt eigentlich aufgelöst würden, aber die aktuellen Bauprojekte müssten bereits jetzt zwischen 6 und 96 Monate verlängert werden. Sie bittet Gemeinderat und Bürgermeister inständig, die Planungen um 10 Jahre zu verlängern, damit Schulentwicklung kein Flickenteppich bleibe, insbesondere sollte die Gemeinschaftsschule in Stuttgart-Ostheim nicht nach hinten verschoben werden.</p> <p>Ergänzend schlägt sie vor, am Campus Ostheim, einer als beispielhaft genannten Inklusionsschule, eine Brücke zwischen den Schulen zu bauen.</p>			
<b>28</b>	<b>Thema Digitalisierung</b>			
	<p><u>Smart City</u> Eine Einwohnerin fragt nach dem aktuellen Stand von Smart City.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn antwortet, dass in Stuttgart die Digitalisierung und Glasfaserverkabelung angegangen werde. Die Integrierte Verkehrsleitzentrale (IVLZ) sei so ein digitales Projekt.</p> <p>Herr Bürgermeister Dr. Mayer betont, dass die Verwaltung von Papier auf Digitalisierung übergehe – bereits in 150 Bereichen gebe es digitale Kontaktmöglichkeiten für</p>	X	

		<p>die Bürger. Dies laufe über das Land „Service Baden-Württemberg“.</p> <p>Im Rathaus gebe es einen referatsübergreifenden Strategieprozess, auch die Arbeitskultur ändere sich durch die Möglichkeit des mobilen Arbeitens.</p> <p>Großen Wert lege man auf Datenschutz (IT-Security) in allen Ämtern und auf allen Ebenen. Die Verwaltung versuche, die Digitalisierung mit Hochdruck voranzutreiben.</p>		
<b>29</b>	<b>Thema Sprachgebrauch</b>			
	<p><u>Migration</u></p> <p>Der Einwohner sagt, dass es mit den 48% der Bürger mit Migrationshintergrund keine Probleme gebe; es tue weh, wenn dies so verbalisiert werde.</p> <p>Er bittet Herr Oberbürgermeister Kuhn, künftig auf die Sprache zu achten.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn betont, dass seine Äußerung nicht auf Migration als Problem abgezielt hätte. Er habe ausdrücken wollen, dass es einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gebe und er nicht sehe, dass dies im Osten ein größeres Problem sei. Es war entspannend gemeint, aber es sei, wie der Bürger äußerte, auch anders deutbar: Die Stadt wäre bislang sehr erfolgreich beim Thema Integration. Auch die neue Flüchtlings“welle“ sei mit der Unterbringung von 8.500 Flüchtlingen in allen Stadtteilen gut gelöst worden.</p> <p>Die nächste Runde stehe bevor – die Flüchtlinge müssten integriert werden, deutsch lernen und Arbeit finden, normale Stadtbürger mit allen Möglichkeiten werden; Stuttgart arbeite an diesem Thema mit Hochdruck und besser als andere Städte in</p>	X	

		Deutschland - hierauf könne Stuttgart stolz sein.		
--	--	---	--	--

Herr Oberbürgermeister Kuhn dankt den Anwesenden für ihre Konzentration und Aufmerksamkeit und findet es toll, dass so viele Bürger trotz des Länderspiels gekommen seien. Er fand die Diskussion sehr anregend und auch wenn nicht alle Fragen gelöst werden konnten, könne doch viel mitgenommen werden, was die Stimmung und die Einzelanliegen angehe. Er wünscht allen Bürgern einen schönen Nachhauseweg.

Stuttgart, 18.12.2018

Schriftführerin